

Parlamentarischer Vorstoss

2020/574

Geschäftstyp:	Postulat
Titel:	Gleich lange Spiesse
Urheber/in:	Rolf Blatter
Zuständig:	—
Mitunterzeichnet von:	Dätwyler, Jeanneret, Schinzel
Eingereicht am:	5. November 2020
Dringlichkeit:	—

Regelmässig erbringen Unternehmen, welche völlig oder grossmehrheitlich der öffentlichen Hand gehören, Leistungen in privatwirtschaftlich organisierten Märkten. Zunehmend erbringen staatlich dominierte Firmen auch Dienstleistungen, die in keinster Weise hoheitliche, d.h. staatliche Aufgaben darstellen. Dabei profitieren diese u. a. aufgrund von Staatsgarantien im weiteren Sinne, aufgrund der Verwendung ihrer Erträge aus regulierten und monopolistischen Bereichen im privatwirtschaftlichen Markt, aufgrund von günstigeren Kapitalstrukturen sowie aufgrund der Nähe zu Regulatoren und Politik. Ergebnisse davon sind Marktverzerrungen und unfaire Wettbewerb. Als Beispiele können u.a. Wäschereien, zahlreiche Leistungsaufträge im Spitalbereich, technische Kontrollen bei Fahrzeugprüfungen, Kantonalkassen, Unterhaltsarbeiten, etc. genannt werden.

Ebenfalls problematisch scheint die zögerliche Realisierung von Public-Private-Partnership-Ansätzen. Generell sollten staatliche Unternehmen / Organisationen im Sinne der Steuerzahler konsequent private Unternehmen / Organisationen mit der Erfüllung öffentlicher Aufgaben beauftragen. In einem weiteren Problemkreis findet sich, dass staatliche Stellen die Zuteilung von Aufgaben auf staatliche und private Unternehmungen vornehmen - und diese hier oft nicht gänzlich objektiv urteilen.

Diese Gefahr ist hinlänglich bekannt und deshalb Hauptthema der OECD Leitsätze zu Corporate Governance in staatseigenen Unternehmen. In diesen Leitsätzen, welche als Empfehlung für die staatlichen Stellen gedacht sind, wird ausdrücklich das Verhalten dieser staatseigenen Unternehmen im Freien Markt angesprochen.

Um diesen Problemen entgegenzutreten soll eine zielführende Corporate Governance staatseigener oder staatsnaher Unternehmen sicherstellen, dass die entsprechenden Unternehmen einen positiven Beitrag zur Effizienz und Wettbewerbsfähigkeit der kantonalen Volkswirtschaft leisten.

Der Regierungsrat wird deshalb gebeten zu prüfen und zu berichten:

- In welchem Umfang private Unternehmen im Baselbiet dem Wettbewerb mit öffentlichen oder mehrheitlich öffentlichen Unternehmen ausgesetzt sind.
- Im welchem Umfang den privaten Unternehmen dadurch Umsätze entgehen.
- Wie diesen volkswirtschaftlich schädlichen Tendenzen entgegengewirkt werden kann – und gleich lange Spiesse für private und öffentliche Unternehmungen garantiert und so ein fairer Wettbewerb sichergestellt werden kann.
- Ob und wie statt öffentlichen oder mehrheitlich öffentlichen Unternehmen / Organisationen konsequenter private Unternehmen / Organisationen mit der Erfüllung öffentlicher Aufgaben beauftragen können.
- Besteht zwischen der kantonalen und eidgenössischen Verwaltung die Zusammenarbeit mit der Absicht, diese OECD-Leitsätze auch in den Kantonen umzusetzen?